

AUSGABE 2|22

STÄDTETAG AKTUELL

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städtetag fordert Flüchtlingsgipfel

Städte zeigen Solidarität mit
der Ukraine

Städtetags-Vizepräsident:
„Demokratie muss auch wehrhaft sein“

Neue Sozialwohnungen auch in
bestehenden Gebäuden schaffen

Fragen an die neuen Beigeordneten
des Städtetages

Positionspapier: Städte in der Welt –
Impulsgeber internationaler Politik

FORUM

Stadt Köln setzt auf Instagram

AUS DEN STÄDTEN

Deutscher Fahrradpreis 2022

Duisburg-Ruhrort wird
Vorzeigestadtteil





Diese Flüchtlingsunterkunft in Lublin wurde auch mit Hilfe von Spenden der Stadt Münster und dortiger lokaler Unternehmen errichtet. (Foto: Stadt Lublin)

Städtetag fordert Flüchtlingsgipfel

Der Deutsche Städtetag hat sich für einen Flüchtlingsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen ausgesprochen. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy äußerte sich dazu am 9. März in einem Interview mit der Funke Mediengruppe wie folgt:

Herr Dedy, wie ist die Lage in den Städten?

Helmut Dedy: Viele flüchtende Menschen aus der Ukraine sind bereits in deutschen Städten angekommen. Sie sind dort willkommen, denn wer diesem schrecklichen Krieg entkommt, braucht jetzt unsere Solidarität. Die Städte bereiten sich intensiv auf die Aufnahme weiterer Menschen vor. Für all das brauchen wir die Unterstützung von Bund und Ländern. Die Städte kümmern sich um Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen, sie organisieren die akuten Hilfen. Wir brauchen jetzt ganz dringend einen Flüchtlingsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen, um rasch wichtige Fragen zu klären.

Was versprechen Sie sich von diesem Gipfel?

Natürlich kann die Bundesregierung nicht sagen, wie viele Menschen aus der Ukraine

zu uns nach Deutschland kommen werden. Krieg ist nicht kalkulierbar. Wir brauchen aber eine Verständigung mit Bund und Ländern, von welchen Annahmen wir ausgehen und welche Kapazitäten wir aufbauen sollen. Nachsteuern kann man immer noch. Außerdem müssen Bund und Länder alles dafür tun, die Flüchtlinge bundesweit zu verteilen, auch wenn sie sich überwiegend frei bewegen dürfen. Denn Hilfe vor Ort ist leichter zu organisieren, wenn sie sich auf viele Schultern verteilt. Und einige Städte sind als zentrale Verkehrsknotenpunkte besonders betroffen.

Es geht Ihnen auch um finanzielle Unterstützung.

Wir brauchen jetzt eine Zusage der Bundesregierung, dass die Städte mit den finanziellen Folgen der Flüchtlingsaufnahme nicht alleingelassen werden. Und Städte, in denen besonders viele Menschen ankommen, wie etwa Frankfurt (Oder) oder Berlin, brauchen kurzfristig Sonderhilfen und müssen schnell entlastet werden. Wir helfen als Städte gern. Bund, Länder und Kommunen wissen aber auch, dass die Aufnahme der Geflüchteten jetzt eine Aufgabe aller politischen Ebenen ist.

Städte zeigen Solidarität mit der Ukraine

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster hat unmittelbar nach Beginn des Krieges die Solidarität der Städte mit der Ukraine und ihr Engagement für Frieden und für Geflüchtete betont. Am 25. Februar sagte er dazu:

„Viele Städte und Engagierte der Zivilgesellschaft zeigen Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und senden mit ihren Aktionen Friedenszeichen. Der Deutsche Städtetag unterstützt dieses Engagement der Zivilgesellschaft.“

Alle demokratischen Kräfte müssen dafür einstehen, dass dieser Krieg umgehend gestoppt wird. Wir brauchen starke Signale. Und die Menschen in der Ukraine brauchen Frieden, damit sie eine Zukunft in ihrem Land sehen und nicht aus Leid und Verzweiflung zur Flucht gezwungen werden.

Viele Menschen sind sehr bewegt angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine und wollen dies zum Ausdruck bringen. In den Städten werden Friedensdemonstrationen organisiert. Die ukrainische Flagge weht auf Rathäusern. Zentrale Gebäude werden in Nationalfarben der Ukraine angestrahlt. Mahnwachen, Menschenketten, Friedensgebete fordern ein sofortiges Ende des Krieges. Diese Friedensarbeit wird vom Deutschen Städtetag unterstützt.

Die Städte sind bereit und bereiten sich vor, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir erwarten, dass sich Bund und Länder eng mit den Kommunen abstimmen.“



Foto: Paul-Philipp Braun

„Alle demokratischen Kräfte müssen dafür einstehen, dass dieser Krieg umgehend gestoppt wird.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe
Präsident des Deutschen
Städtetages

TITELFOTO

Museum des Jahres 2021

Das Kunstmuseum Stuttgart hat die deutsche Sektion des internationalen Kunstkritikerverbandes AICA überzeugt und die wichtigste Auszeichnung für ein Museum in Deutschland gewonnen.

Sowohl die unmittelbare Gegenwartskunst als auch die Klassische Moderne kämen im Haus am Stuttgarter Schlossplatz zu ihrem Recht. Das globale Kunstgeschehen habe dort ebenso eine Bühne wie künstlerisches Schaffen aus der Region, heißt es in der Begründung.

➔ www.kunstmuseum-stuttgart.de

(Foto: Brigida González)

„Die Demokratie muss auch wehrhaft sein“

Angesichts von in Pandemiezeiten zunehmendem Hass und zunehmender Gewalt und den wiederkehrenden Aufmärschen von Gegnern der Corona-Politik vor Privathäusern von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, sagte Städtetag-Vizepräsident Burkhard Jung am 15. Februar in der ARD-Tagesschau:

Foto: Michael Bader



„Hier werden nicht nur einzelne Menschen bedroht, sondern das sind Angriffe auf unser Gemeinwesen im Ganzen.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Vizepräsident des Deutschen
Städtetages

„Gerichte und Staatsanwaltschaft müssen ihren Job machen. Wir müssen das in den Griff kriegen. Die Demokratie muss auch wehrhaft sein. Gerade da, bei uns unten in der Basis, braucht es diese Unterstützung. Sonst werden wir erleben, dass sich das kaum noch jemand antut.“

Gegenüber MDR Aktuell erklärte Jung, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sollten unbürokratisch Polizeischutz bekommen, wenn „konkrete Gefährdungen zu erkennen sind.“ Fackelaufzüge vor Privathäusern und Schmierereien an Wohnhäusern überschritten Grenzen. „Hier werden nicht nur einzelne Menschen bedroht, sondern das sind Angriffe auf unser Gemeinwesen im Ganzen.“

Zur Tagesschau (ab Min. 10:39):

➤ <https://t1p.de/StatementARDTagesschau>

Zum MDR-Bericht:

➤ <https://t1p.de/StatementMDRaktuell>



Zuzugsstädte wie Leipzig bemühen sich schon länger sehr intensiv um mehr bezahlbare Wohnungen. (Foto: Stadt Leipzig)

Neue Sozialwohnungen auch in bestehenden Gebäuden schaffen

Prof. Dr. Eckart Würzner, Erster Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, hat anlässlich des Wohnungsbautages 2022 am 17. Februar von Bund und Ländern mehr Engagement bei der Wohnungsbauförderung verlangt:

„Das Ziel, jährlich 400.000 Wohnungen und davon 100.000 Sozialwohnungen zu bauen, ist ausgesprochen ambitioniert. Es kann gegen steigende Mieten und Kaufpreise helfen, wenn an den richtigen Standorten für die richtigen Zielgruppen die richtigen Wohnungen gebaut werden. Angesichts gleichzeitig steigender Bau- und Bodenpreise für Neubauten sind die Herausforderungen aber enorm.

Die Städte sehen deshalb große Chancen, Fördermittel auch in die Modernisierung von bestehenden Gebäuden zu lenken und so neue preisgünstige Wohnungen zu schaffen. Wenn Häuser und Quartiere sowohl energetisch saniert als auch mit neuen Sozialbindungen versehen werden, werden zwei Flie-

gen mit einer Klappe geschlagen. So könnten Klimaschutzziele und der Wunsch nach mehr bezahlbarem Wohnraum in Einklang gebracht werden. Neubauziele sollten also nicht nur rein quantitativ verfolgt werden, sondern stärker vorhandene Ressourcen berücksichtigen.

Für die geplanten 100.000 neuen Sozialwohnungen jährlich, also vier Mal so viele wie bislang, müssen Bund und Länder in jedem Fall ihre Finanzierung massiv ausweiten. Außerdem sind innovative Modelle hilfreich. Zum Beispiel können befristete Sozialbindungen für Wohnungen vorzeitig verlängert oder Belegungsrechte für Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen mit Vermietern vereinbart werden.“

Wieso, weshalb, warum...? – Städtetag aktuell stellt drei Fragen an die neuen Beigeordneten



Foto: Benito Barajas

Daniela Schneckengerger startet zum 1. Juni ihre neue Stelle als Beigeordnete des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen und leitet dann das Dezernat Bildung, Integration, Kultur, Sport und Gleichstellung. Aktuell ist sie Stadträtin in Dortmund und leitet dort das Dezernat mit den Fachbereichen Schulverwaltungsamt, Jugendamt (siehe auch Personalien S. 14).

1. Welchen Herausforderungen der Städte wollen Sie sich bei Ihrer neuen Aufgabe besonders stellen?

Globalisierung und Digitalisierung sind Treiber unserer Entwicklung. Wir müssen die Menschen für diese Umbruchprozesse befähigen, und Städte als lebenswerte Orte der Zukunft stärken. Kultur und Sport sind dabei wichtige Elemente eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses und Teil unserer Lebensqualität, der Ausbau des offenen Ganztages ein überfälliger Modernisierungsschritt und wichtige Unterstützung von Kindern und Familien. Dazu brauchen wir verlässliche Finanzierungszusagen und die Möglichkeit, bei der Ausgestaltung als Städte wirksam sein zu können.

2. Was reizt Sie an Ihrer neuen Aufgabe?

Gesetze sind dann gut gemacht, wenn sie den kommunalen Praxistest bestehen. Als kommunale Beigeordnete habe ich erlebt, wie schwer sich Bund und Länder damit oft tun. Ich will dabei helfen, die Erfahrungen der Kommunen, die Stimme der kommunalen Praxis, hörbar zu machen, wo es notwendig ist. Das stärkt die Städte, aber auch Regierungen – und dient den Menschen vor Ort.

3. Welche Bedeutung haben Städte für Sie persönlich?

Stadt ist für mich Heimat, Lebenswelt und gelebte Demokratie. Hier begegnen sich Bürger:innen und Verwaltung, hier erfahren Menschen Gemeinschaft und erhalten Anregungen aus Kultur, Bildung und Sport, hier wird Gleichberechtigung und kulturelles Miteinander gelebt. Darum habe ich mich viele Jahre auch kommunalpolitisch engagiert.



Foto: Michaela Spohr

Christine Wilcken wird ab 1. April neue Beigeordnete für Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz beim Deutschen Städtetag und Städtetag Nordrhein-Westfalen und übernimmt die Leitung des Dezernates. Die langjährige Büroleiterin des Hauptgeschäftsführers arbeitet seit 2008 in verschiedenen Positionen beim Deutschen Städtetag und dem Städtetag Nordrhein-Westfalen (siehe auch Personalien S. 15).

1. Welcher Herausforderung der Städte wollen Sie sich bei Ihrer neuen Aufgabe besonders stellen?

Ganz klar der Weg in die Klimaneutralität. Es wird die größte Aufgabe für die kommenden Jahre. Die Städte investieren aktiv in den Klimaschutz oder mildern Klimafolgen ab. Eines bleibt dabei zentral: Die Zukunft der Stadt ist eine Stadt für Menschen. Das hat viele Facetten: Leben, Erleben, Wohnen, Arbeiten, Erholen, Handel, Handwerk, auf wenige Worte gebracht.

2. Was reizt Sie an Ihrer neuen Aufgabe?

Wir stecken mittendrin in einer großen Transformation. Wir können Ziele beschreiben, Pläne machen – aber nicht jeder Plan wird funktionieren. Klar ist, die Städte gehen voran. Sie sind Motor des Wandels. Als Städtetag geben wir ihnen eine Stimme im Land. Dass diese Stimme stark bleibt, dafür möchte ich mich einsetzen.

3. Welche Bedeutung haben Städte für Sie persönlich?

Städte sind Leben. Sie sind laut, dynamisch, pulsierend und gleichzeitig immer auch kleine Oasen und Orte für die Seele. Ich liebe es, auf einem Platz zu sitzen und die Menschen und das Leben zu beobachten. Städte haben ein individuelles Gesicht und erzählen eigene Geschichten, oft von Stolz geprägt. Das fasziniert mich.

Städte in der Welt – Impulsgeber internationaler Politik

Von Lina Furch

Weltweit engagieren sich Städte immer stärker in der internationalen Zusammenarbeit. Sie übernehmen Verantwortung, gestalten globale Entwicklungen mit und sind Impulsgeber internationaler Politik. Die Mehrwerte sind vielfältig. Die Anerkennung des internationalen Engagements und die Einbindung der Städte müssen weiter gestärkt werden.

Globale Herausforderungen, lokale Lösungen

Die zentralen Herausforderungen unserer Zeit wie der Klimawandel oder die Coronapandemie haben globale Ausmaße. Ihre Auswirkungen sind auf lokaler Ebene deutlich zu spüren. Antworten müssen international und lokal gegeben werden. Vor diesem Hintergrund setzen sich Städte in wachsendem Maße in unterschiedlichen internationalen Zusammenhängen dafür ein, Lösungen auf den Weg zu bringen. Die internationale Arbeit hat viele Facetten. Herkömmlicherweise bestand sie vor allem in der Zusammenarbeit von Partnerstädten.

Heute greifen Städte verstärkt übergeordnete Herausforderungen auf, brechen diese herunter und bearbeiten sie konkret in einzelnen Projekten und Themenfeldern. So fokussiert sich z. B. Greifswald in seiner Klimapartnerschaft mit Pomerode/Brasilien auf nachhaltige Mobilität, während Düsseldorf

die Internationalisierung seiner Verwaltung fördert, indem es seinen Auszubildenden und Auszubildenden über „Erasmus+“ Praktika in europäischen Verwaltungen ermöglicht. Eisenach hat beispielsweise im Rahmen der Agenda 2030 eine Nachhaltigkeitsstrategie einschließlich konkreter Maßnahmen erarbeitet.

Internationale Netzwerkarbeit und Kooperationen

Immer wichtiger werden die Aspekte der multilateralen Vernetzung und Interessenvertretung. Städte kommen in Netzwerken auf europäischer und internationaler Ebene zusammen, nehmen international Einfluss und geben so der urbanen Stimme ein stärkeres Gewicht. Dortmund z. B. hat auf diese Entwicklung reagiert und eine Stelle für Städtediplomatie geschaffen.

Städte haben einen entscheidenden Vorteil: Während Kooperationen auf der nationalstaatlichen Ebene immer wieder, etwa wegen geopolitischer Rivalitäten, scheitern, kooperieren Städte flexibel und zielorientiert. Sie sind Orte der Vielfalt und des Austauschs. Sie setzen sich ein für Demokratie, Werte und Menschenrechte und eröffnen einen Raum für echten Dialog – gerade dann, wenn es schwierig wird.

Städte wollen gestalten. Sie lernen voneinander und bringen ihre Fachexpertise ein.



Partnerstädte der Stadt Dortmund in der Welt
(Bild: Stadt Dortmund)



links: „Glücksrad“ zu den Nachhaltigkeitszielen vor dem historischen Rathaus in Bonn.
(Foto: Giacomo Zucca/Bundestadt Bonn)

oben: Partnerstädte der Stadt Mannheim (Foto: Stadt Mannheim)

Sie wissen: letztlich erfolgt die Umsetzung globaler Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit bei ihnen vor Ort. Deshalb bedarf es einer konsequenten Anerkennung und Einbindung der Städte in internationale Prozesse wie die Klimaverhandlungen oder den G7-Prozess. Nur so können umsetzbare Lösungen gefunden werden.

Städte als Partner der Regierungspolitik

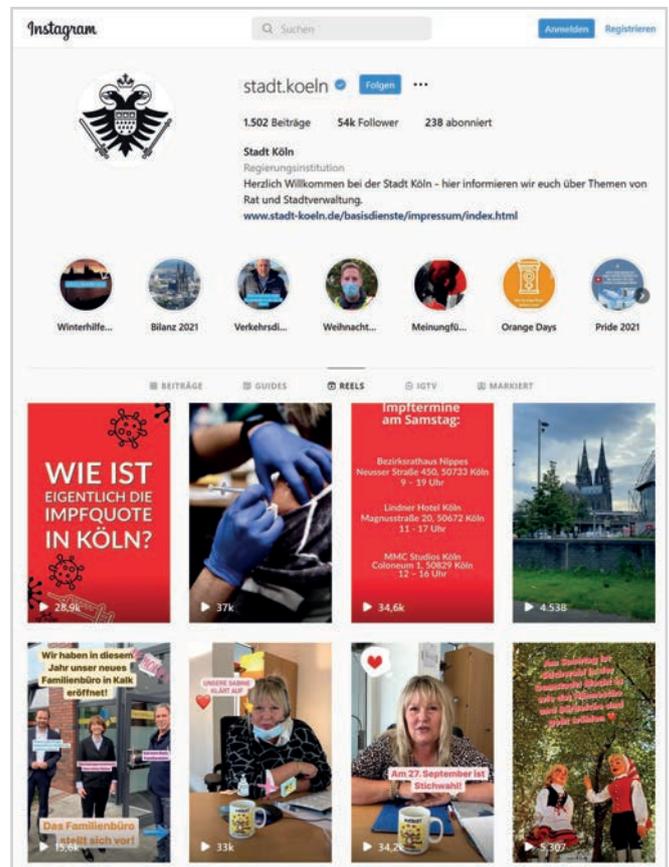
Städtediplomatie ist eine Diplomatie, die „geredet“ ist, die genau weiß, wovon sie spricht, welche Herausforderungen es gibt und wie konkrete Lösungen aussehen können. Das hat auch die Bundesregierung erkannt und diese Einsicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Das ist ein wichtiges Signal. Nun gilt es, diese Ziele auch mit Leben zu füllen. Dazu muss das Engagement der Städte stärker in staatliches Handeln eingebunden, gefördert und insbesondere durch den Abbau von Bürokratie unterstützt werden. Entscheidend ist vor allem, dass die Städte als Partner im Sinne einer Mehrebenen-Governance wahrgenommen werden.

Internationales Engagement findet sowohl vor Ort als auch weltweit statt. Es hat viele Aspekte und bringt viele Fortschritte – für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Gesellschaft als Ganze. Dazu braucht es natürlich auch die Unterstützung der Stadtgesellschaft und der Politik vor Ort.

Die Publikation „Städte in der Welt – Impulsgeber internationaler Politik“ des Deutschen Städtetags, die in enger Zusammenarbeit mit dem internationalen Arbeitskreis des Deutschen Städtetages (Arbeitskreis IKON) entstanden ist, spiegelt die Bandbreite dieses Engagements wider. Sie will Impulse geben und deutlich machen, wie sehr es sich lohnt, als Kommune Impulsgeber in einer vernetzten Welt zu sein. Das Engagement lohnt sich!

➔ www.staedtetag.de/staedte-in-der-welt

Lina Furch
Deutscher Städtetag



Erfolgreich mit „Wat is?“ – Stadt Köln setzt auf Instagram

Von Renate Bauer

Die im September 2020 auf dem städtischen Instagram-Kanal gestartete Serie „Wat is?“ ist in aller Munde. Erst kürzlich berichtete der Westdeutsche Rundfunk. Überregionale Tageszeitungen wie Bild oder Kölner Express schreiben über Protagonistin Sabine aus dem Bürgerbüro und auch die Fachbranche attestiert der Stadt Köln, dass sie erfolgreich neue Wege eingeschlagen hat. Hinter den unterhaltsamen Clips, die auf dem Instagram-Kanal der Stadt Köln veröffentlicht werden, stehen strategische Überlegungen.

In „Wat is?“ werden aktuelle Themen aus der Stadtverwaltung aufgegriffen und einer vornehmlich jungen Zielgruppe in zwei- bis vierminütigen Videoclips zielgruppen- und kanalgerecht nähergebracht. So führt Bürgerbüro-Mitarbeiterin „Sabine“, die Protago-

nistin der Serie ist, beispielsweise durch die Stadt und zeigt aktuelle Bauprojekte, gibt einen Einblick in den Krisenstab oder spricht mit Gastronominnen und Gastronomen während des Lockdowns am 11. November 2020. Doch was hat das mit einer umfassenden Kommunikationsstrategie zu tun?

Wir gehen damit neue Wege in der Kommunikation. Auch wenn „Wat is?“ durch die humorvollen Anteile sehr unterhaltsam und so gar nicht behördlich daherkommt, erfüllen wir damit eine unserer Pflichten als Stadt: Wir nehmen unseren Informationsauftrag wahr. Die Zeiten, in denen dafür ein Aushang am Schwarzen Brett ausreichte, sind vorbei – heute sind kreative Formate, online wie offline, gefragt, um Bürger*innen zu erreichen. „Wat is?“ vermittelt aktuelle Themen, die die Stadtverwaltung und die Stadtgesellschaft

beschäftigen, zeitgemäß und bürgernah. Für diese Bürgernähe und Aktualität wurde das Format im Sommer 2021 mit dem Deutschen Preis für Onlinekommunikation in der Kategorie „Kommunikation und Information“ ausgezeichnet. Über diese Auszeichnung haben wir uns natürlich sehr gefreut, wir sehen sie aber vor allem als Bestätigung dafür, dass wir mit unserer Kommunikation nicht nur die Zielgruppe überzeugen, sondern auch die Fachjury des DPOK. In der finalen Jury-Sitzung konnten wir uns gegen die verbliebenen Konkurrenten Vodafone und Deutsche Telekom durchsetzen. Von Sabine, die sich gerade in ihrem Sommerurlaub befand, als sie die Nachricht des Preises erreichte, gab es prompt ein Dankesvideo – natürlich via Instagram an ihre Fans.

Die Idee zu dem Format kam dabei aus dem Social Media Team der Stadtverwaltung. Wir dachten auf der Idee herum, mit einem Instagram-Format die Bürger*innen direkt anzusprechen. Als dann „Sabine“ tatsächlich in das Bürgerbüro wechselte, haben Protagonistin und Format symbiotisch zusammengefunden. Man kann also sagen, dass die Idee wie auch die Protagonistin das Format geschärft haben. „Sabine“ arbeitet nämlich auch in der Wirklichkeit im Bürgerbüro und beantwortet Fragen und Anliegen der Bürger*innen. Das Bürgerbüro der Stadt Köln ist im Amt für Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt und so stand für das Social Media Team der Stadt fest, wer das neue Format für den Kanal Instagram präsentieren sollte. Sabine, die eigentlich Claudia heißt, wusste zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht, was Instagram überhaupt ist.

In Köln ist Social Media ein Kanal des Newsrooms, gleichermaßen eine organisatorische Einheit wie auch der Ort, an dem Kommunikation mit den Kanälen Pressearbeit und Social Media ganzheitlich gedacht und geplant wird. „Wat is?“ ist eine Möglichkeit, unsere Inhalte, die wir kommunizieren möchten, in direkter Bürgerkommunikation an Nutzer*innen zu geben. Wir monitoren natürlich die Kommentare und Fragen, aber auch die

Stimmung in der Community. So nehmen wir Fragen aus der Community auf und beantworten diese kanalgerecht und bleiben so mit unserer Community im Austausch. Mit dem Ausbau unserer Reichweiten stellen wir sicher, dass wir vor allem junge Kölner*innen mit unseren Botschaften direkt erreichen.

Anlässlich der „Orange Days“ traf Sabine auf Bettina Mötting, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Köln. Das Thema des Treffens war Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ernste Themen können also auch aufgegriffen werden, denn gerade die Authentizität von Sabine macht es möglich, ernste Themen kurzweilig und lehrreich aufzubereiten. Sabine wirkt nie aufgesetzt. Das merkt man auch beim Dreh: ein Skript, das ihr einen Text im Wortlaut vorgibt, gibt es nicht. Das wäre bei einer Type wie unserer Sabine wohl auch kontraproduktiv. Wir sprechen im Vorfeld über das Thema und Sabine begegnet ihren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern immer mit ihrer offenen Art und ihrer Neugierde, die sie so auszeichnen.

Renate Bauer
Leiterin des Newsrooms und stellvertretende
Amtsleitung Presseamt der Stadt Köln





Deutscher Fahrradpreis 2022: Gewinne für Saarbrücken, München, Dresden und Bayreuth

Mit dem Deutschen Fahrradpreis wurden Ende Februar in Köln Projekte zur Radverkehrsförderung ausgezeichnet. In der Kategorie „Infrastruktur“ gewann u.a. das Projekt „Fahrradzone Nauwieser Viertel“ in Saarbrücken. Das Viertel gehört zu den ersten Fahrradzonen Deutschlands und umfasst einen vollständigen, zentral gelegenen und hochverdichteten Stadtteil mit über 6.000 Menschen.

In der Kategorie „Service & Kommunikation“ gewannen u.a. das Projekt „Bürgerpartizipation zum Radentscheid München“ und die TU Dresden mit dem Start-up Cyface für das Webtool „bikeSim“, das eine bedarfsgerechtere Radwegeplanung ermöglicht. Einen Sonderpreis gab es für Intensivpfleger Oliver Sablowski und sein COVID19BIKE - eine mobile, zertifizierte Teststation auf einem Lastenrad für kostenlose Bürgertests in Bayreuth.

➔ www.der-deutsche-fahrradpreis.de



Duisburg-Ruhrort bald Vorzeigequartier für Umweltneutralität?

„UrbanZero – Ruhrort wird enkelfähig“ heißt eine Initiative ortsansässiger Unternehmen und der Stadt, die den Stadtteil Ruhrort bis Ende 2029 zu einem umweltneutralen Quartier umwandeln möchten. Zunächst sollen auf Basis wissenschaftlicher Methoden die jährlichen Umweltkosten für Ruhrort ermittelt werden - alle erbrachten Dienstleistungen, alle genutzten oder selbst hergestellten Produkte und alle menschlichen Einflüsse auf die Umwelt. Anschließend werden die Umwelteffekte durch konkrete Maßnahmen reduziert und nicht reduzierbare Auswirkungen kompensiert. Die Bewohner des Stadtteils sollen über Veranstaltungen, Plattformen und ein Stadtteilbüro beteiligen werden.

➔ <https://t1p.de/Duisburg-Ruhrort-umweltneutral>

Bürgermeister-Paweł- Adamowicz-Preis für Kölner Oberbürgermeisterin

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat den Bürgermeister-Paweł-Adamowicz-Preis erhalten. Er wurde in diesem Jahr erstmalig verliehen und soll an den im Januar 2019 ermordeten Danziger Bürgermeister Paweł Adamowicz erinnern. Reker erhält den Preis für ihren herausragenden und mutigen Einsatz für Freiheit, Solidarität und Gleichheit. 2015 wurde die Kölner Oberbürgermeisterin wegen ihres Engagements für Migrantinnen und Migranten das Opfer einer Messerattacke und überlebte schwer verletzt. Der Bürgermeister-Paweł-Adamowicz-Preis wird gemeinsam von der Stadt Danzig, dem Internationalen Netzwerk Städte der Zuflucht und dem Europäischen Ausschuss der Regionen verliehen.

➔ <https://t1p.de/PawelAdamowiczPreis>



„Preis für digitales Miteinander“ startet in Bewerbungsphase

Eine App für die Nachbarschaftshilfe, ein digitaler Begegnungsort der Seelsorge oder auch Tandempartnerschaften von jüngeren und älteren Menschen für die Smartphone-Nutzung: digitales Engagement hat viele Facetten. Um dieses zu würdigen, vergibt die Initiative „Digital für alle“ am 24. Juni, dem Digitaltag, den „Preis für digitales Miteinander“. 20.000 Euro Preisgeld verteilen sich auf zwei Kategorien „Digitale Teilhabe“ und „Digitales Engagement“. Aktionen für den Digitaltag, der in diesem Jahr zum dritten Mal stattfindet, können ab sofort ebenfalls angemeldet werden. Tipps und Anregungen für eine Teilnahme liefert ein Aktionsleitfaden. Außerdem steht ein Kommunikationspaket zur Verfügung.

Bewerbungen für den Preis unter

➤ www.digital-miteinander.de

Bewerbungen für den Preis unter

➤ www.digitaltag.eu/aktion-anmelden

Bewerbungen für Netzwerk „Engagierte Stadt“ willkommen

Noch bis zum 21. März haben Städte und Stadtteile die Möglichkeit, sich dem bundesweiten Netzwerk „Engagierte Stadt“ anzuschließen. In dem Netzwerk, das seit sechs Jahren besteht, gibt es aktuell 100 engagierte Städte, in denen sich öffentliche Verwaltungen, Initiativen, gemeinnützige Organisationen, Vereine und Unternehmen gemeinsam für bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung vor Ort stark machen und Praxislösungen und lokale Konzepte austauschen. Am aktuellen Interessenbekundungsverfahren können sich Städte und Stadtteile mit 10.000 bis 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern beteiligen, in denen es derartige Kooperation gibt. Das Programm wird durch ein Konsortium auf der Bundesebene getragen. Auch der Deutsche Städtetag ist beteiligt.

➤ www.engagiertestadt.de/mitmachen



Der 14. Mai ist Tag der Städtebauförderung

Städtebau und Stadtentwicklung stehen im Mittelpunkt des Tages der Städtebauförderung am 14. Mai. Der bundesweite Aktionstag ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund. Städte können ihre Teilnahme bis zum 31. März 2022 anmelden. Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster: „Durch die Städtebauförderung werden aus kreativen Ideen echte Veränderungen. Das stärkt die Lebensqualität der Menschen und die Wirtschaft vor Ort – ökologisch nachhaltig und mit Rücksicht auf das Klima.“ Im vergangenen Jahr waren mehr als 400 Kommunen dem Aufruf gefolgt.

Anmeldungen unter:

➤ www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

Deutscher Städtetag



Klaus Hebborn, Beigeordneter des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen, ging Ende Januar nach 36 Jahren Tätigkeit für den Verband in den Ruhestand. 1985 wurde der studierte Lehrer als Verwaltungsgestellter für das damalige Dezernat Schule, Kultur und Sport eingestellt. Seine Laufbahn beim Deutschen Städtetag setzte er 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter, 1993 als Referent und 2002 als Hauptreferent fort.

2006 übernahm er als Beigeordneter die Leitung des Dezernats Bildung, Kultur und Sport, seit 2011 ergänzt um den Bereich Gleichstellung. Mit viel Engagement, Durchhaltevermögen und lösungsorientierter Beharrlichkeit brachte Klaus Hebborn in die Debatten mit Bund und Ländern die kommunale Perspektive für den notwendigen Wandel im Bildungs- und Kulturbereich ein. Prägende Themen waren Ganztagsbetreuung, Inklusion, Integration und Digitalisierung an Schulen sowie eine bessere Zusammenarbeit in Bildungsfragen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Klaus Hebborn schärfte den Blick des Verbandes für die drängenden Fragen der Gleichstellung. Mit Herzblut brachte er die Diskussionen im Sportbereich voran – das zeigt auch das im Januar vom Präsidium verabschiedete Grundsatzpapier „Kommunale Sportpolitik und Sportförderung“ des Deutschen Städtetages. Klaus Hebborn wird im März feierlich aus den Diensten des Deutschen Städtetages verabschiedet.



Foto: Benito Barajas

Daniela Schneckenburger (61) wird zum 1. Juni als Beigeordnete des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen ihren Dienst antreten. Sie leitet dann das Dezernat Bildung, Integration, Kultur, Sport und Gleichstellung. Sie wurde vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages am 26. Januar in dieses Amt gewählt. Seit 2015 ist sie Stadträtin in Dortmund und leitet dort das Dezernat mit den Fachbereichen Schulverwaltungsamt, Jugendamt und dem Eigenbetrieb FABIDO. Ebenfalls seit 2015 engagiert sie sich im Bildungsausschuss des Deutschen Städtetages sowie des Städtetages NRW. Sie ist zudem Mitglied im Jugend- und Sozialausschuss des Städtetages NRW. Seit 2010 gehörte Daniela Schneckenburger fünf Jahre lang dem Landtag Nordrhein-Westfalen für Bündnis 90/Die Grünen an, war davor vier Jahre Landesvorsitzende ihrer Partei und davor zwölf Jahre Studienrätin im Ruhrgebiet. Auf Seite 6 lesen Sie ein Interview mit Daniela Schneckenburger.



Foto: David Ausserhofer

Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz beim Deutschen Städtetag und Städtetag Nordrhein-Westfalen, geht zum 31. März in den Ruhestand. Er trat im Oktober 2011 seinen Dienst als Beigeordneter und Leiter des Dezernates an und wurde im Jahr 2019 wiedergewählt. Zuvor war der Sozialwissenschaftler seit 1998 Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Bundes-SGK) e.V. Beim Städtetag setzte Detlef Raphael sich leidenschaftlich und mit klaren Zielen für die Interessen der Städte ein. Ein Kernstück seiner Arbeit war es, gute Rahmenbedingungen für die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge zu erhalten. Detlef Raphael engagierte sich gleichermaßen für die großen Herausforderungen Klimaschutz und Klimaanpassung. Wichtige Themen waren für ihn auch die Zukunft der Innenstädte, die Luftreinhaltung in den Städten sowie die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes. Im März wird Detlef Raphael aus den Diensten des Städtetages feierlich verabschiedet.



Foto: Michaela Spohr

Dr. Christine Wilcken (41) wird ab 1. April neue Beigeordnete für Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz beim Deutschen Städtetag und Städtetag Nordrhein-Westfalen. Sie übernimmt damit die Leitung dieses Dezernats. Die promovierte Juristin begann ihre Laufbahn beim Städtetag 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Dezernat Recht, Verwaltung und Gesundheit. 2009 nahm sie eine Tätigkeit für das Bundesministerium für Gesundheit wahr und wirkte dort in der Kommission zur Änderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit. Anschließend arbeitete sie im Büro des Hauptgeschäftsführers in der Hauptgeschäftsstelle Berlin und wurde 2012 zur Referentin ernannt. Die Leitung des Büros des Hauptgeschäftsführers übernahm sie 2016 und übte sie fast sechs Jahre aus. Auf Seite 7 lesen Sie ein Interview mit Dr. Christine Wilcken.

Neu im Amt



Foto: Stadt Limbach-Oberfrohna

Limbach-Oberfrohna: Gerd Härtig (Freie Wähler) wurde zum neuen Oberbürgermeister von Limbach-Oberfrohna gewählt. Er folgt auf Dr. Jesko Vogel, der die Geschicke der Stadt seit 2015 leitete. Dr. Jesko Vogel war im September überraschend verstorben.

Geburtstage



Foto: Joerg Ullrich

Klaus Schmotz ist Oberbürgermeister der Hansestadt Stendal und feiert am 4. April seinen 70. Geburtstag. Seit 2001 leitet der Christdemokrat die Geschichte der Stadt Stendal.



Foto: Marko Schoeneberg

Der Oberbürgermeister von Lutherstadt Wittenberg, **Torsten Zugehör**, wird am 24. März 50 Jahre alt. Der Christdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt und ist seit 2015 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Recklinghausen

Christoph Tesche, Bürgermeister von Recklinghausen, feiert am 31. März seinen 60. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt Recklinghausen und engagiert sich seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de